

GewerkschaftsGrün 2012

11.-13.Mai 2012, Berlin, Wannsee

SprecherInnen

MdB Beate Müller-Gemmeke

Reutlingen

Wolfgang Stather

Heidelberg

Hartmut Wauer

Kißlegg

www.gewerkschaftsgruen.de

info@gewerkschaftsgruen.de

Berlin, den 13.05.2012

Fiskalpakt ist die falsche Medizin für Europa

Der Fiskalpakt ist in der gegenwärtigen Situation nicht der richtige Weg zur Konsolidierung der Haushalte der europäischen Länder. Deshalb spricht sich GewerkschaftsGrün gegen die Einführung des Europäischen Fiskalpaktes aus. Der Fiskalpakt richtet sich gegen die Interessen der ArbeitnehmerInnen, RentnerInnen und sozial Benachteiligten in Europa. Er verschärft die soziale Schieflage in den betroffenen Nationalstaaten und spitzt die Krise der Europäischen Integration weiter zu. Im Sinne eines Green New Deal sind starke individuelle und kollektive Arbeitnehmerrechte, gesetzliche Mindestlöhne in ganz Europa und ökologische Wachstumspakete und Finanzmarktregulierungen unverzichtbare Ergänzungen der Krisenbekämpfung. Die Staaten der Europäische Union müssen gerade in der Krise zeigen, dass sie das Europäische Sozialmodell ernst nehmen.

Der Europäische Fiskalpakt wird die Defizit- und Schuldenregeln in Europa verschärfen. Das strukturelle Haushaltsdefizit der Mitgliedsstaaten soll zukünftig unter 0,5 Prozent des Sozialproduktes bleiben. Staaten mit einer Schuldenquote von über 60 Prozent sollen jährlich fünf Prozent ihrer übermäßigen Verschuldung abbauen. Diese Regel findet sich bereits im verschärften Stabilitätspakt wieder. Mit dem Fiskalpakt sollen diese schärferen Defizit- und Schuldenregeln in den nationalen Verfassungen verankert werden. Europäische Kommission, Rat und Gerichtshof werden künftig darüber wachen, dass die Regeln eingehalten werden. Regelverstöße ziehen hohe Strafzahlungen nach sich. Die Ratifizierung des Fiskalpakts ist die Voraussetzung damit notleidende Länder Unterstützung durch den ESM erhalten können.

Das neue Regelwerk leistet jedoch keinen Beitrag zur Überwindung der europäischen Schuldenkrise. Denn die aktuelle Krise ist keine Staatsschuldenkrise. Die europäischen Schuldenberge sind nicht das Ergebnis laxer Haushaltspolitik. In den meisten EU-Ländern kam es vor der großen Finanzmarktkrise 2008 zu keinem exzessiven Anstieg der Staatsausgaben. Im Gegenteil - die öffentlichen Ausgaben stiegen schwächer als das Sozialprodukt. Folglich schrumpften die Staatsquoten. Der Anteil der Staatsausgaben am Sozialprodukt ging fast überall zurück. In den heutigen Krisenländern Irland, Spanien und Italien sank sogar die Schuldenlast. Die Schuldenquoten - der Anteil der Staatsverschuldung am Sozialprodukt - waren rückläufig.

Erst die große Finanzmarktkrise ließ die Staatsschulden europaweit explodieren. Die Bankenrettung machte aus privaten Schulden im Handumdrehen öffentliche Schulden. Konjunkturprogramme und Arbeitslosigkeit belasteten die öffentlichen Kassen. Die Schuldenquote aller Länder im Euroraum kletterte im Gesamtdurchschnitt von rund 66 Prozent auf über 85 Prozent. Einzelne Länder waren

davon besonders intensiv betroffen. So hatte Irland noch 2007 eine Staatsschuldenquote von nur 25 %, die bis 2010 auf 95 % anstieg. Spanien war 2007 mit nur 36 % seines Sozialprodukts verschuldet – 2010 mit 61 %. Diese Auswirkungen der Finanzkrise dürfen nicht verschwiegen werden.

Die neuen europäischen Defizit- und Schuldenregeln nehmen den europäischen Staaten die Handlungsmöglichkeiten. Der enge Zusammenhang von Staatsausgaben und Konjunktursteuerung wird ignoriert. Staatsausgaben sind immer Einnahmen der Unternehmen und der Privathaushalte. Wenn der Staat zum falschen Zeitpunkt kürzt, dann verlieren Firmen Aufträge und drosseln die Produktion, die Binnennachfrage bricht ein und die Krise verschärft sich. Wenn staatliche Transfers gekürzt werden, können Erwerbslose und Bedürftige weniger Geld ausgeben. Im Abschwung verlängert dieser Nachfrageentzug die wirtschaftliche Talfahrt. Dann sinken Wachstum und Steuereinnahmen, Arbeitslosigkeit und Schulden steigen. Die Haushaltspolitik der Euroländer darf solche konjunkturelle Faktoren nicht missachten. Die katastrophalen Folgen einseitiger Sparmaßnahmen zeigen sich heute in Südeuropa. Europa braucht eine erfolgreiche soziale und ökologische Antikrisenpolitik. Genau dies wäre aber aktuell mit dem Fiskalpakt nicht mehr möglich.

Als GewerkschaftsGrün stehen wir zur Verantwortung für Europa, nachkommende Generationen und für ökonomische und ökologische Nachhaltigkeit und ebenso zur Konsolidierung der Staatshaushalte. Wir stellen uns der Debatte um Verschuldung und Vermögen in Staat und Gesellschaft. Schuldenabbau darf aber öffentliche Investitionen nicht unmöglich machen. Die Staaten Europas müssen in ökologische Nachhaltigkeit, Bildung, Gesundheit und Infrastruktur investieren. Schließlich ist der langfristige Wert dieser Zukunftsinvestitionen höher als ihre Finanzierungskosten.

Haushaltskonsolidierung muss auch die Einnahmeseite in den Blick nehmen. Defizite müssen auch über höhere Beteiligung von hohem Einkommen und Vermögen an den gesellschaftlichen Belastungen abgebaut werden. In Europa läuft aber derzeit die Haushaltskonsolidierung zum größten Teil über die Ausgabenseite. Das muss sich ändern. Wir fordern die Einbeziehung großer Vermögen in die Haushaltskonsolidierung und eine Finanztransaktionssteuer. Die vordringliche Frage der makroökonomischen Ungleichgewichte wird vom Fiskalpakt nicht gelöst sondern verschärft. Hier müsste auch Deutschland sich endlich zu seiner Verantwortung bekennen und eine Politik der Nachfragsteigerung im Inland betreiben.

Sparpolitik in Europa darf nicht zum Generalangriff auf ArbeitnehmerInnen, RentnerInnen und Erwerbslose werden. Wir dürfen nicht zulassen, dass das Arbeitsrecht und die Tarifautonomie unter die Räder kommen. Eine überlegte und langfristig angelegte Haushaltskonsolidierung muss in jedem Fall vermeiden, dass Löhne, Arbeitslosengeld und Renten gekürzt werden und öffentliches Eigentum durch Privatisierung zum Spottpreis verramscht wird. Wir lehnen einen Fiskalpakt ab, der den Abbau des Sozialstaates institutionalisiert. Dies darf erst recht nicht unter dem Deckmantel von „Strukturreformen für Wachstum“ geschehen, die Bundeskanzlerin Merkel neuerdings ankündigt.

Vor allem aber berührt der Fiskalpakt auch eine Kernfrage der Demokratie in der Europäischen Union. So ist der Fiskalpakt nicht innerhalb sondern außerhalb der Europäischen Institutionen entwickelt worden. Er hätte seinen Platz innerhalb der Europäischen Vertragswerke haben können. Staat dessen wird der Fiskalpakt durch einen zwischenstaatlichen Vertrag in Kraft gesetzt. Dem Europäischen Parlament wird keine entscheidende Rolle zugeordnet. Auch das lehnen wir entschieden ab.